

WISSENSMANUFAKTUR

Wird die Schweiz havariieren oder die Chance als Hoffnungsträger für die globalisierte Welt wahrnehmen?

Über die verfehlte Politik der Schweizer Nationalbank...



von Andreas Popp

Die kommenden Zeilen wenden sich an *alle* interessierten Leserinnen und Leser, die sich jenseits des Mainstreams mit unseren (Un-)Ordnungen auseinandersetzen möchten, um letztlich *Lösungen* zu erarbeiten, mit denen die Probleme der globalisierten Welt eliminierbar wären.

Was waren das für Zeiten, als die Schweiz noch ein relativ freies demokratisches Land war, bevor sie in die Richtung der Globalisierung abbog. Selbst heute glauben noch einige schweizerische Polit-Romantiker an den Zustand der Autarkie dieses Landes! Die Tatsache, dass nach wie vor *gerade* die Schweiz von Finanzberatern als *rechtlich sicheres* Land bezeichnet wird, zeigt deutlich, wie man die Realität verdrängen kann.

Wie ernst die Schweizer Situation ist, wurde gerade jetzt deutlich. Am 19.2.2009 wandte die UBS zwei „Notparagrafen“ an, und gab bekannt, den US-amerikanischen Behörden hunderte von Kundendaten zur Verfügung zu stellen, die „steuerlich auffällig“ sind.

Schweizer Bankgeheimnis? Fehlanzeige!

Der „Hintern“ der größten Schweizer Banken hängt offenbar in der Schlinge und um Diesen zu retten, lässt man halt einige Kunden „rückwärts durch die Hecke ziehen“. Dieser Dammbbruch des Bankgeheimnisses“ (wie es das Handelsblatt bezeichnete), könnte das Ende der klassischen Finanztradition der Schweiz sein!

In unserer Unternehmensgruppe erleben wir immer häufiger Schweizer Bürger, die ihr Vermögen bei uns in Deutschland(!) in physische Edelmetalle investieren und einlagern. In meinen Vorträgen (z.B. in Zürich) erlebe ich oft gebildete und erfolgreiche Schweizer, die mittlerweile sehr klar erkennen, wohin ihre Heimat getrieben wird.

Diesen Aufsatz widme ich der Schweizer Alpenrepublik, in der ich beruflich (und somit auch privat) viel Zeit verbringe. Dieses Land ist nicht nur landschaftlich sehr schön und die Menschen freundlich, sondern auch größenmäßig überschaubar und politisch durch die sogenannten Volksabstimmungen den meisten Ländern dieser Welt zumindest theoretisch weit überlegen. Doch diese Ordnung löst sich sukzessive in Luft auf und die Schweizer Bevölkerung wird offensichtlich unter Mitwirkung der Bundesräte in die „heile“ Welt der Globalisierung manövriert.

Der Schweizer Franke ist ebenfalls bereits angeschlagen, seitdem er dem USA-nahestehenden IWF angeschlossen wurde. Ich glaube auch nicht an einen „Zufall“, dass die Hauptkoordinationsbank der Welt (die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich) in Basel installiert wurde und man das Koordinationszentrum des SWIFT-Code (oder BIC) aktuell ausgerechnet nach Zürich verlegte (siehe auch meinen Aufsatz über den SWIFT Code).

Der Vizepräsident der Schweizer Nationalbank (SNB) Phillip Hildebrand sprach offen über die Gedankengänge der Verantwortlichen:... *„unbegrenzte Mengen der eigenen Währungen auf den Markt zu werfen, um eine weitere Aufwertung zu verhindern oder um gar eine Abwertung zu erreichen.“*...

Die SNB firmiert in einer spezialgesetzlichen *Aktiengesellschaft* und unterliegt keiner *wirklichen* demokratischen Kontrolle der Bevölkerung. Sie befindet sich zu 55% im Eigentum der Kantone und deren Kantonalbanken, die allerdings auch *teilprivatisiert* sind. Die restlichen 45% der Aktien befinden sich im reinen Privateigentum. Das Aktienkapital der SNB beträgt 25 Millionen CHF.

Der eigentliche Auftrag der SNB:

Die Schweizerische Nationalbank führt als unabhängige Zentralbank die Geld- und Währungspolitik des Landes. Sie muss sich gemäß Verfassung und Gesetz vom Gesamtinteresse des Landes leiten lassen, als vorrangiges Ziel die Preisstabilität gewährleisten und dabei die Konjunktur berücksichtigen. Sie setzt damit eine grundlegende Rahmenbedingung für die Entwicklung der Wirtschaft.

Ein hoher Anspruch, den *auch diese* Nationalbank zu gewährleisten hat, aber wird sie Dem eigentlich gerecht? Unter Preisstabilität verstehen auch die SNB-Notenbanker eine Inflationsrate von 1 bis 3% pro Jahr. Im Jahr 2008 weist die statistische Behörde eine Teuerungsrate der Waren und Dienstleistungen von 2,4% aus, was ich der Einfachheit halber als richtig unterstellen möchte, auch wenn jeder interessierte Bürger weiß, dass diese Zahlen durch einen konkret zusammengestellten Warenkorb zustande kommen, also stark manipulierbar sind. Diese Inflationsraten sind letztlich eine „versteckte“ Steuer der Bürger durch die Hintertür.

Verdient eine Person z.B. 100.000.- CHF im Jahr, müsste sich dieses Einkommen nach 10 Jahren auf 126.765.- CHF erhöhen und nach 30 Jahren auf 203.703,- CHF quasi verdoppeln, nur um diese Teuerungsrate auszugleichen. Der Begriff *Währung* hat unmittelbar mit der Gewährleistung zu

tun, die dem Bürger garantieren soll, auf die Stabilität des eigenen Geldes vertrauen zu können. Versagen die Währungshüter an dieser Stelle, kommt es zu schweren Störungen in der nationalen Ökonomie, die bis zum Staatsbankrott führen können. Genau diese Gefahr glaube ich auch für die Schweiz zu erkennen...!

Dass ich mich bei diesem *weltweiten* Problem der mangelnden Notenbankpolitik konkret auf die Schweiz fokussiere, findet seinen Grund darin, dass diese Alpenrepublik *noch* über eine wesentlich bessere politische Grundsituation verfügt, als viele andere Staaten dieser Welt. Auch die geografische Größe dieses Landes halte ich für sehr interessant, denn man könnte dort *relativ* einfach eine im Interesse der Bürger *faire* Wirtschafts- und Geldordnung einführen, wenn die verantwortlichen Bundesräte anfangen, sich in einer konzertierten und vor allem parteiübergreifenden Aktion zusammenzufinden, um im Interesse der Schweizer Menschen wirkliche Innovationen durchzusetzen. Diese *Neue Schweizer Wirtschaftsordnung* könnte dann einen Vorbildcharakter entwickeln, dem sich vermutlich viele Länder anschließen würden.

Zur Erinnerung (wie ich es in meinem Buch „Der Währungs-Countdown“ beschrieben habe):

Das *gesetzliche* Zahlungsmittel „Geld“ steht einer je nach Wirtschaftsstandort bestimmten Menge der Güter- und Dienstleistungen gegenüber. Aus der aktuellen nachfragewirksamen Geldmenge leiten sich dann logischerweise die Preise dieser Güter ab. Wird diese Geldmenge einseitig erhöht, wie es der SNB Vizechef erläutert, trifft eine erhöhte Geldmenge auf die gleichgebliebenen Güter. Als Folge steigen die Preise. Dieser Vorgang wird als Inflation bezeichnet. Aus Sicht derjenigen, die über Sparvermögen verfügen, wertet sich Dieses entsprechend ab. Da der Einhundert-Frankenschein im nächsten Jahr aber noch genauso groß ist und auch noch genauso aussieht wie in diesem Jahr, realisieren die meisten Menschen die abgestufte Kaufkraft kaum.

Warum aber lässt man eine Währung von Seiten der Wirtschaftsvertreter und Politiker überhaupt abwerten? Der Grund findet sich schnell. Mit einer vergleichsweise schwachen Währung lassen sich die Exportgeschäfte ankurbeln, da dann die ausländischen Kunden weniger Dollar, Pfund, Euro usw. aufwenden müssen (es geht also um die Konkurrenzfähigkeit), um die Schweizer Produkte zu kaufen, denn die Schweizer müssen diese Fremdwährungserlöse schließlich wieder in Franken umtauschen. Die Schweiz legt also ihren Fokus auf die Globalisierung, um möglichst viele dieser fremden Währungen einzunehmen, die letztlich alle durch die IWF-Zugehörigkeit nur noch als wertloses Papier zu bezeichnen sind.

Die Folge liegt klar auf der Hand. Man zieht die Alpenrepublik in die Globalisierung und macht sie vom Auslandsumsatz abhängig. Wozu das führt, haben andere Länder wie z.B. Deutschland längst gezeigt. Der Eintritt in die globale Welt bedeutet auch eine Konkurrenzsituation aller Länder, wie unterschiedlich sie auch sein mögen. Allein der Arbeitsplatzabbau zugunsten ferner Billiglohnländer verursacht eine sichtbare Massen-

armut, aber auch die immer günstiger arbeitenden Fremdarbeiter werden ins Land gelassen und drücken das Lohnniveau, ganz zu schweigen von der „importierten Inflation“ durch Außenhandelsüberschüsse, die ich in meinen Publikationen bereits ausführlich erläuterte.

Bis zum Eintritt der Schweiz in den IWF, der eine Realwerthinterlegung des Geldes verbietet, verfügte der CHF über einen eigenen Goldstandard. Außerdem waren die Schweizer Bürger verfassungsgemäß vor einer beliebigen Geldmengenerhöhung der Nationalbank geschützt. Die Goldhinterlegung machte es den Nationalbankern natürlich zusätzlich schwer, neues Geld durch die Kreditvergaben der Geschäftsbanken zu erzeugen. Aber Goldstandard hin oder her, es geht vor allem darum, dass die Geldordnung im Interesse der Staatsbürger angelegt sein sollte. Also gehört die *Macht* über das Geldsystem auch in die Hände des Volkes! In meinem Buch „Der Währungs-Countdown“ beschreibe ich recht tiefgreifend die Geldordnung, deren Problemursachen und vor allem die Lösungen dieser Entwicklungen durch ein sinnhaftes System.

Uns ist quasi abgewöhnt worden, diese Systeme überhaupt zu hinterfragen. Die wenigsten Menschen können aus dem Stand den Gegenbegriff zur *Globalisierung* nennen, weil man dieses Dogma gar nicht mehr diskutieren soll. Eine *Regionalisierung* oder eine sogenannte *nationale Ökonomie* wollen die „Globalisierer“ nicht einmal mehr hören. Allein das Wort „national“ lässt ungute Gefühle aufkommen. Was für eine Konditionierung der Menschen, die auf eine hohe Intelligenz der Macher dieser Politik schließen lässt, das muss man neidlos zugeben.

Stellen wir uns einmal vor, die kleine sympathische Schweiz würde einen Volksentscheid erwirken, in dem die Menschen nach einer ehrlichen Aufklärung wieder ihre Währung dem Volk unterstellen und stellen wir uns weiter vor, die Schweizer würden sich wieder für eine IWF-*unabhängige* Währung entscheiden. Ob mit oder ohne Golddeckung, ist eigentlich egal, wobei ich in der ersten Phase dieser Neuausrichtung eine goldabhängige Währung favorisieren würde, denn damit wäre ein weiterer Anker geworfen, um eine gefährliche Geldmengenproduktion zu inszenieren.

Die Folge wäre eine im ersten Moment gewisse *empfundene* Abkopplung der Schweiz von der globalisierten Welt. Eine auf diesem Wege sich kaufkraft erhöhende Schweizer Währung hätte einen stabilisierenden Effekt auf die Schweizer Binnenwirtschaft und deren ökonomische Kreisläufe. Die Abhängigkeiten vom Ausland würden sich stark reduzieren und die Verlagerung der Arbeitsplätze in Billiglohnländer würde massiv minimiert.

Das freiheitsliebende Schweizer Volk müsste dann in einer konzertierten „Bildungsaktion“ die Zusammenhänge einer künstlichen Internationalisierung mittels Nachfrage nach wertlosen US-Dollar und auf der anderen Seite einer unabhängigen nationalen Ökonomie erläutert bekommen. Natürlich gäbe es nach einem Systemwechsel auch weiterhin einen Außenhandel, aber immer mit dem Blick auf die eigene Währungsstabilität.

Außerdem müsste ein verändertes Schweizer Zollrecht eingeführt werden, welches das Lohn- und Umweltdumping vieler Billigproduktionsländer außen vor hält, natürlich im Interesse der eigenen Industrie und der mittelständigen Wirtschaftsunternehmen. Ich bin sicher, dass die Schweiz in Kürze enorme binnenwirtschaftliche Erfolge verzeichnen würde und schon dadurch als Vorzeigeland einer intakten humanen Wirtschaftsordnung fungieren würde. Die meisten Steuern könnten ersatzlos gestrichen oder massiv reduziert werden.

Ein stabiler gesunder Mittelstand würde ebenfalls eine fairere Verteilung der Geldmenge mit sich bringen und das in einer *sozialen* und vor allem *freien* Wirtschaftsordnung. Viele Erfindungen für echte Verbesserungen der Menschheit könnten in der Schweiz Furore machen und von dort aus die ganze Welt befruchten. Denn, wie viele Ideen und Erfindungen können in *diesem* Globalisierungswahn nicht umgesetzt werden, weil durch die Kapitalkonzentrationen entstandene Konzerne diese Patente gar nicht zulassen.

Voraussetzung für eine solche Vision, die relativ schnell Wirklichkeit werden könnte, ist eine vom Staat (im Sinne von Volk) organisierte Währungsordnung. Die Exportabhängigkeit würde sich nach und nach zu einer erfolgreichen Binnenwirtschaft verschieben, in der viele neue Arbeitsplätze entstünden. Höhere Preise könnte das Volk für die Produkte des eigenen Lebens einfach bezahlen, da die Menschen über das entsprechende Geld verfügten und nicht wie jetzt z.B. Kleidung kaufen, die durch Kinderarbeit u.a. in Indien hergestellt wurde. Solche moralisch anzuzweifelnden Produkte kämen dann gar nicht mehr durch den Zoll.

Wenn man sich mit der Nationalökonomie beschäftigt, erkennt man sehr schnell, wie die USA durch Protektionismus nach der Gründung so mächtig werden konnte, auch wenn man diese Ordnung dann „bewusst“ der derzeitigen Globalisierung opferte. Bitte komprimieren Sie meine Aussagen nicht nach dem Motto: „Der Popp favorisiert eine Wirtschaftsform der Abschottung und der Isolation.“ Nein, es muss aber vorrangig um die Herstellung einer Einheit von Wirtschaft und Politik gehen. Je mehr Staaten sich dieser Ordnung anpassen, desto mehr fairer Außenhandel wird nach und nach möglich werden.

Die Geldordnung mit einer sogenannten Umlaufgebühr, sowie zur späteren Zeit eine Umwandlung des von mir beschriebenen Bodenrechtes, sind vielleicht der Schlüssel für eine faire, menschliche und friedliche Wirtschaftsordnung. Zu hoffen wäre, dass dieser Schlüssel in der Schweiz liegt, die noch nicht ganz auf Globalisierung „umgestellt“ wurde und deren Bürger offenbar sehr freiheitsliebend sind... Dazu braucht es aber *mutige* Schweizer Politiker, die sich im Interesse des Volkes stark machen und diese Konzepte ernsthaft diskutieren, um sie dann schnellstmöglich umzusetzen.

Dieser Aufsatz ist natürlich viel zu kurz, um den Leserinnen und Lesern die Details einer solchen Umstellung näher zu bringen, da kann ich nur auf

mein letztes Buch verweisen. Das Todschlagargument, „diese Thesen von Popp sind völlig realitätsfern“, sollte man sehr genau hinterfragen, denn umsetzbar wären sie sehr wohl, auch wenn ich vielleicht den einen oder anderen Gedankenfehler beim *Umsetzungsszenario* übersehen haben sollte. Das Thema „Realitätsfern“ sehe ich nur in einem Punkt: Lassen die globalisierten Machtsysteme und deren Funktionäre eine solche Volksbefragung überhaupt zu, bzw. wie weit sind auch die verantwortlichen Schweizer Politiker bereits durch das jetzige System so „gefangen“, dass sie alternative Modelle gar nicht in Erwägung ziehen wollen?

Durch diese Finanzkrise könnte die Schweiz allerdings sehr schnell in eine existenzielle Krise gelangen, denn wer soll eigentlich noch die Steuern bezahlen, wenn die Banken weiterhin am Konkurs entlang schrammen?

Die aktuelle Finanz- und vor allem Wirtschaftskrise (die immer noch gar nicht richtig angefangen hat, auch wenn Träumer bereits vom Ende faseln...) ist der ideale Zeitpunkt, die verfehlten Dogmen der Vergangenheit dringend beim Namen zu nennen und die Schweiz halte ich für den idealen Standort, um von dort aus eine neue Ära einzuleiten.

Ihr

Andreas Popp, Februar 2009